

SO LIEF DIE KOMMUNALWAHL



WAHLNACHLESE,
RÜCKBLICK,
BEWERTUNGEN
Seite 1-8

DAS SIND DIE NEUEN FRAKTIONEN



VORSTELLUNG DER
NEUEN REGIONS-
UND RATSFRAKTION
Seite 6-7

EUROPA AM SCHEIDEWEG



WIE KOMMT DER
EURO AUS DER
KRISE?
Seite 10

AUSSERDEM:

- CASTORALARM! S. 9
- FLÜCHTLINGSPOLITIK S. 11
- MEHR TRANSPARENZ S. 12

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

• OKTOBER 2011

Insgesamt 287 Grüne Mandate in der Region Hannover: Das ist das Ergebnis der Kommunalwahl im September. Damit gibt es in der Region fortan mehr Grüne MandatsträgerInnen als je zuvor. Darunter ist mit Uwe Sternbeck in Neustadt weiterhin ein hauptamtlicher Bürgermeister, der mit 66 Prozent der Stimmen souverän im Amt bestätigt wurde.

Auch in Lehrte und Springe traten mit Ronald Schütz und Elke Thielmann-Dittert Grüne KandidatInnen bei den Bürgermeisterwahlen an. Mit einem sehr engagiertem Wahlkampf erlangten beide nicht nur Achtungserfolge mit 22 (Ronald Schütz) und 13 (Elke Thielmann-Dittert) Prozent der Stimmen, sondern sorgten auch für deutliche Grüne Zuwächse bei den jeweiligen Ratswahlen. Elke Thielmann-Dittert wurde zudem direkt in die Regionsversammlung gewählt.

Regionsweit gaben bei der Wahl zu diesem Gremium 19 Prozent der WählerInnen Grün ihre Stimme. Die neue Grüne Regionsfraktion besteht somit nun aus 16 Abgeordneten (siehe S. 6).

Auch bei den Ratswahlen verzeichnen die Grünen in allen Kommunen der Region Hannover deutliche Zugewinne.

21,4 Prozent ist das historisch beste Grüne Ergebnis in der Landeshauptstadt Hannover. 2006 waren es noch 13,6 Prozent. Die Grüne Ratsfraktion wächst damit auf 14 Mitglieder (siehe S. 7).

Auch in den hannoverschen Stadtbezirken haben die Grünen deutlich zugelegt und wurden in Linden-Limmer mit 37,6 Prozent sowie in Mitte mit 31,8 Prozent stärkste Kraft. Weitere Hochburgen sind die Bezirke Vahrenwald-List (28,3 %) Nord (27,9%) und Südstadt-Bult

DIE REGION WIRD GRÜNER!

Mit 19 Prozent in der Region, bis zu 24 Prozent in den Ratswahlen und der Wiederwahl des Grünen Bürgermeisters in Neustadt mit 66 Prozent toppt das Grüne Wahlergebnis bei der Kommunalwahl in der Region jede Erwartung.



UNIKAT: DER GRAFFITTI-KÜNSTLER GERO BITTKOVEN GESTALTETE FÜR DIE SEELZER GRÜNEN EIN EXKLUSIVES WAHLPLAKAT.

(27,2%). Insgesamt gibt es nun 59 Grüne Bezirksratsmandate in Hannover.

Getoppt wird das Ergebnis der Landeshauptstadt noch vom Grünen Erfolg in Wennigsen: Mit 24,8 Prozent schließen die Grünen dort nahezu zur CDU auf und schaffen damit auf Ratsebene das stärkste Grüne Ergebnis in der Region Hannover. Weitere Grüne Hochburgen sind Hemmingen (19,2%), Ronnenberg (18,8%), Gehrden (18,6%), Lehrte (18,2%) und Springe (18,1%). Insgesamt wurden im hannoverschen Umland 110 Ratsmandate errungen. Dazu kommen 87 Mandate in 64 Ortsräten.

Die Vorbereitung für die Kommunalwahl hatte schon im Juni 2010 mit der Werkstatt 11-16 im Schulbiologiezentrum Hannover begonnen. Mit engagierten und breit gefächerten Diskussionen wurden in den dortigen Workshops die Grundlagen für das Regionswahlprogramm und die Programme für die regionsangehörigen Kommunen gelegt. Diese intensive Beteiligung der Parteibasis an der Programmerstellung hat nicht nur zu einer hohen Identifikation der WahlkämpferInnen mit den Grünen Inhalten geführt, sondern auch zu inhaltlich fun-

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Der 11.09.2011 wird als Tag der Kommunalwahl allen Grünen in der Region Hannover lange in freudiger Erinnerung bleiben. Auch wenn der Bundestrend bereits auf einen deutlichen Stimmengewinn für uns Grüne hingewiesen hatte, so hat das erzielte Wahlergebnis unsere optimistischen Schätzungen doch weit übertroffen. Gegenüber der letzten Kommunalwahl hat sich unser WählerInnenanteil nahezu verdoppelt.

Zu unserem sensationellen Wahlerfolg haben viele aktive Grüne beigetragen: Unsere KommunalpolitikerInnen, die mit ihrer kompetenten und engagierten politischen Arbeit die Wählerinnen und Wähler überzeugt haben. Unsere KandidatInnen, die viel Zeit und Ideen für ihren Wahlkampf aufgewendet haben. Die vielen Aktiven, die mit kreativen Wahlkampfaktionen auf unsere kommunalpolitischen Anliegen aufmerksam gemacht haben und die im Gespräch am Wahlkampfstand Bürgerinnen und Bürger für Grüne Politik gewinnen konnten. Und nicht zuletzt unsere Mitglieder, die bei FreundInnen und ArbeitskollegInnen für Grün geworben haben. Einen ganz herzlichen Dank dafür! Einen ganz besonderen Dank möchten wir aber unseren Geschäftsführern Ronald Schütz und Christian Günther aussprechen. Ihre Erfahrung, ihr großer Arbeitseinsatz und ihre Kreativität war für alle im Wahlkampf eine hervorragende Unterstützung.

**BRIGITTE DEYDA &
CHRISTIAN GAILUS
REGIONS-VORSITZENDE**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

dierten Wahlprogrammen, die keine andere Partei in dieser Tiefe vorweisen konnte.

In der heißen Phase lebte der Wahlkampf vor allem von der schier grenzenlosen Kreativität der Grünen Aktiven: Von Grünen Sommerfesten über Pizzeessen mit ErstwählerInnen bis hin zu Kioskturen und Wahlkampfständen auf Festivals oder bei Nacht reichten die Ideen. Einen kleinen Einblick geben die Berichte in diesem Heft.

Regions-Spitzenkandidat Raoul Schmidt-Lamontain war mit einem zum mobilen Wahlkampfstand umgebauten Lastenfahrrad in der Region unterwegs, der Landtagsabgeordnete Enno



RONALD SCHÜTZ UND CEM ÖZDEMİR IN LEHRTE.



LIMMERSTRASSENWAHLKAMPF AUF DEM CONFERENCE-BIKE.

Hagenah lud auf öffentlichen Plätzen zu Gesprächen auf dem Grünen Sofa ein. Auch die Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer und Sven-Christian Kindler zeigten großes Engagement bei unzähligen Ortsterminen, einige davon in der Veranstaltungsreihe „Besondere Orte - Besondere Besuche“, die sich in der ganzen Region als vielfältiges Format für interessante Veranstaltungen bewährt hat.

Auch von der Bundespartei gab es jede Menge Unterstützung. Gleich drei Mal war der Vorsitzende Cem Özdemir in der Region. Neben der Auftaktveranstaltung

des Regionswahlkampfes in der Faust Warenannahme besuchte er auch die Bürgermeisterkandidaten Uwe Sternbeck und Ronald Schütz. Seine Co-Vorsitzende Claudia Roth unterstützte die dritte Grüne Bürgermeisterkandidatin Elke Thielmann-Dittert mit ihrem Besuch in Springe. Der Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin sprach auf der Höhepunktveranstaltung des Grünen Stadtverbands an der Marktkirche in der hannoverschen Altstadt.

Beeindruckend war auch der Elan der Neumitglieder bei Aktionen im Wahlkampf in der Stadt

genau so wie im Umland. (Um diesen aktiven Mitgliedern auch außerhalb von Wahlkämpfen die Möglichkeit zu geben sich einzubringen, möchte der Stadtverband Hannover seinen Aktiven-Pool weiter ausbauen: Wer Lust hat, bei Aktionen wie am 1. Mai oder Kundgebungen gegen Castor-Transporte mitzumachen, kann sich unter stadt@gruene-hannover.de in den Aktiven-Verteiler eintragen lassen.)

Doch nicht nur auf der Straße, auch in den Gremien können neue Grüne sofort aktiv werden: Viele der neuen Mitglieder der letzten zwei Jahre haben es direkt in die kommunalpolitische Verantwortung in Bezirks- und Ortsräten, Stadt- und Gemeinderäten und der Regionsversammlung geschafft.

Umden gestiegenen Erwartungen an Grüne Politik in der Region Hannover auch weiterhin gerecht zu werden, wollen wir auch nach der Wahl weiter wachsen.

RAHEL MISSAL

stadt@gruene-hannover.de

CHRISTIAN GÜNTHER

guenther@gruene-hannover.de



PIZZA UND POLITIK

Dina de Haas, Vorsitzende der Grünen in Uetze, berichtet von einer Veranstaltung für ErstwählerInnen.

Über 20 ErstwählerInnen waren der Einladung der Grünen in Uetze zu "Pizza und Politik" gefolgt. Als Gäste waren Sven-Christian Kindler und Doris Klawunde gekommen. Sie standen, neben den Grünen des Ortsverbandes Uetze, den ErstwählerInnen Rede und Antwort. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen kamen aus Uetze, Hänigsen, Katensen, Eltze und Dollbergen. Auch alle Schulformen, Gymnasium, Realschule und Hauptschule, waren vertreten. Einige der jungen Erwachsenen sind schon in Ausbildung oder im Studium.

Ein wichtiges Thema war die Situation an den Schulen, sowohl am Gymnasium als auch an der Real- und Hauptschule. Die Motivation und Ausbildung der LehrerInnen und die verkürzte Schulzeit auf 12 Jahre bis zum

Abitur wurden kritisiert. Diskutiert wurde auch die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule in Uetze – im Wahlprogramm von den Grünen gefordert. Sven-Christian Kindler erläuterte dazu, dass Integrierte Gesamtschulen stark nachgefragt werden, weil die SchülerInnen sehr gute Lernerfolge erzielen. So unterstützen die besseren SchülerInnen in den jeweiligen Fächern die schlechteren SchülerInnen, was zu einem besseren Lernklima und besseren Schulergebnissen für alle führt. Für alle SchülerInnen besteht die gleiche Chance auf einen qualifizierten Abschluss. Auch die Ergebnisse der SchülerInnen, die an der IGS Abitur machen sind im Vergleich sehr gut.

Wichtig war den Jugendlichen auch das Thema Toleranz, etwa gegenüber MigrantInnen, Homosexuellen oder einfach nur anders

Denkenden. Die Jugendlichen wünschen sich, dass die Toleranz und überhaupt Werte und Normen und soziale Kompetenz mehr thematisiert werden. Die Einrichtung eines Ausländerbeirats, ähnlich dem Seniorenbeirat, wurde diskutiert und darüber, wie eine bessere Integration möglich ist.

Die grüne Regionskandidatin Arifé Akcam-Hytrek aus Uetze nahm die Wünsche und Anregungen zu diesem Thema gerne auf, sie ist selbst im Schulleiternrat der Realschule Uetze aktiv.

Kommunalpolitisch wurde kritisiert, dass Vereine und Jugendtreffs zu wenig unterstützt werden. Die Vereine, die Angebote für Kinder und Jugendliche machen, hätten beispielsweise nicht genug Hallenzeiten. Mehr Jugendtreffs und eine bessere Unterstützung der Vereine wurden deshalb gewünscht.

Diskutiert wurde außerdem, in welcher Form die Jugendlichen mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen könnten.

Die Uetzer Grünen wurden zum Wahlprogramm der Grünen für Uetze befragt: Dazu äußerten sich die beiden Ratsmitglieder. Georg Beu zu den Themen Umweltschutz und Finanzen und Thomas Faßbender zu den Themen demographische Entwicklung und Integration.

Zum Ende der Veranstaltung wurde Sven-Christian Kindler noch zu seinem Werdegang befragt. Er motivierte die TeilnehmerInnen, sich politisch zu engagieren und sich einzumischen.

Fazit: Die TeilnehmerInnen, Gäste und die Grünen Uetze waren sehr zufrieden mit der gelungenen Veranstaltung und natürlich mit der leckeren Pizza. Wir nehmen die vielen Anregungen und Ideen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf und nehmen sie mit in unsere politische Arbeit in den jeweiligen Gremien.

DINA DE HAAS

oe@ddehaas.de



KIOSK-KIEZTOUR

Wahlen werden am Kiosk gewonnen! – Grüner Wahlkampf in Linden und der Nordstadt mit Sven-Christian Kindler.



VIEL MEHR SOZIALE KONTAKTE ALS IM SUPERMARKT.

Hannover ist die schönste Stadt der Welt! – Da waren sich zumindest die Herausgeber des 2005 erschienenen gleichnamigen Fotobuchs einig. Außerhalb der niedersächsischen Landeshauptstadt mag es einige NörglerInnen geben, die diese These nicht so ganz teilen, aber völlig unstrittig ist, dass Hannover die bundesweite Kiosk-Hauptstadt ist. Oder gibt es etwa noch andere Städte mit einem Kioskguide (www.kioskguide-hannover.de)? Das, was in anderen Städten vereinzelt „Spätis“, Tankstellen oder Trinkhallen übernehmen, wird in Hannover durch knapp 200 Kioske geleistet, an denen sich die HannoveranerInnen auch nach den allgemeinen Ladenöffnungszeiten mit Getränken, Tabak, Zeitschriften und Süßigkeiten versorgen können. Ganz besonders faszinierend ist die Kioskdichte in Linden und in der Nordstadt. Wer sich davon ein Bild machen möchte, kann entweder das „Linden-Nordstadt Kiosk-Quartett“ mit den Kategorien Öffnungszeiten, Biersorten und Bunte Tüten spielen oder sich selbst einmal im Kiez auf Kiosktour begeben.

Nachdem ich letztes Jahr schon im Rahmen meiner Sommertour nicht nur Großunternehmen wie VW und Conti besucht hatte, sondern mich auch mit den KleinunternehmerInnen in den Lindener Kiosken ausgetauscht hatte, machte ich mich Anfang September, gemeinsam mit grünen KommunalpolitikerInnen, erneut auf den Weg. Zunächst in der Nordstadt und einige Tage später in Linden. Mit dabei waren unter anderen Patrick Drenske,

Raoul Schmidt-Lamontain, Selin Arikoglu, Belit Onay, Kathrin Langensiepen, Jörg Schimke und Olaf Zielke.

Auf unserer Tour von Kiosk zu Kiosk ist uns recht schnell klar geworden: Wenn jemand über die Probleme im Kiez Bescheid weiß, dann die KioskbesitzerInnen mit ihren Stammgästen und ihrer Laufkundschaft. Die sozialen Kontakte sind hier viel größer als bei den Fließband-Supermärkten der riesigen Einkaufsketten. Für uns war das im Rahmen des Kommunalwahlkampfes die Gelegenheit, mit den MultiplikatorInnen der Kiez-Kultur über ihr Alltagsgeschäft zu sprechen und sie nach ihren konkreten Anliegen an die Politik zu befragen. Viele freuten sich, die Gesichter auf den Wahlplakaten persönlich kennen zu lernen und waren angetan davon, dass auch ihre ganz persönliche Stimme Gehör findet – dank der Unterstützung von Belit Onay und Selin Arikoglu auch in türkischer Sprache. Viel zu besprechen gab es in jedem Fall. Bei Alster oder Bunter Tüte wurde diskutiert über Afghanistan, Fahrradwege, Wirtschaftskrise, Ladenöffnungszeiten, Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen, das Wahlalter und vieles mehr. Populistische Stammtisch-Politik überlassen wir Grüne gerne anderen Parteien. Aber wir werden weiterhin auf Kiosktour gehen und uns mit den vielen Menschen im Kiez austauschen. Das macht erstens Spaß und stärkt zweitens grüne Politik vor Ort.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven-christian.kindler@bundestag.de



30 JAHRE GRÜNE

Rockige Geburtstagsparty als Wahlkampfhöhepunkt in Burgdorf – Eine Gitarre von Brigitte Pothmer als Überraschungsgeschenk.



GRÜN ROCKT: BRIGITTE POTHMER ÜBERREICHT SIMONE HELLER UND DETLEF KNAUER EINE GRÜNE E-GITARRE ZUM JUBILÄUM.

Dreißig Jahre Grüne im Rat der Stadt Burgdorf und Kommunalwahlkampf. Da lag es nahe, das eine mit dem anderen zu verbinden. Während die anderen Parteien vor Ort mit den üblichen Diskussionsveranstaltungen diverser B-Promis kaum mehr als 20 AnhängerInnen zu ihren Veranstaltungen zu mobilisieren vermochten, konnten Burgdorfs Grüne mit ihrer Geburtstagsfeier „Grün Rockt“ im „Black Horse“ einen vollen Erfolg verbuchen.

An der Außenfassade des Veranstaltungsortes flatterte ein grünes Banner und vor der Tür leuchteten große Sonnenblumen mit Apfelbäumen um die Wette. An den Wänden im Eingangsbereich hingen grüne Wahlplakate aus dem Jahre 1981 mit den damaligen Forderungen, wie der Wunsch nach Spielstraßen in Wohngebieten und das erste noch von Hand gemalte Transparent des Ortsverbandes. Natürlich fehlten auch die aktuellen Wahlplakate und -programme nicht. Drinnen ging es dann deutlich rockiger zu. Mehr als 200 Gäste tanzten und feierten bei Livemusik der Gruppe „Captain Resto“ und anschließender Disco bis weit nach Mitternacht. Darunter auch VertreterInnen der anderen Ratsfraktionen und natürlich jede Menge grüne Prominenz. Nachdem die grüne Spitzenkandidatin Simone Heller und Vorsitzender Detlef Knauer die Partygäste begrüßt hatten, erinnerten Ratsfrau Maria Leykum

und Fraktionsvorsitzender Hartmut Braun an die Anfänge grüner Politik in Burgdorf und hielten kurz Rückblick auf die letzten 30 Jahre. Beide betonten, dass Vieles, was heute gesellschaftliches und politisches Allgemeingut ist, lange Jahre von den anderen Parteien als „spinnert“ und „weltfremd“ abgelehnt wurde. Die Vorsitzende der Regionsgrünen, Brigitte Deyda und die Vizepräsidentin der Region Hannover, Doris Klawunde, machten deutlich, wie wichtig auch eine starke grüne Fraktion für die Region sei. Sven-Christian Kindler, Bundestagsabgeordneter aus Hannover, war begeistert von der tollen Partyatmosphäre und bedankte sich noch einmal bei den Burgdorfer Grünen für ihren engagierten Einsatz gegen den Castortransport im vergangenen Herbst. Und dann gab es noch ein rockiges Überraschungsgeschenk von Brigitte Pothmer. Nachdem die grüne Bundestagsabgeordnete in ihrer Rede auf die Kraft von Rockmusik in politischen Bewegungen hingewiesen hatte, überreichte sie den Burgdorfern eine grün-gestylte Gitarre mit den Worten: „Mehr Sex, weniger Drugs, ganz, ganz viel Rock'n Roll und ein tolles Wahlergebnis für die Grünen in Burgdorf und all over the world.“ Danke, liebe Brigitte! Das mit dem tollen Wahlergebnis hat schon mal geklappt!

DETLEF KNAUER
det_knauer@web.de



26. März: Punktlandung um 18:00 Uhr. Das Programm ist verabschiedet und alle KandidatInnen sind gewählt. Die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes ist gut über die Bühne gegangen und in Sachen zeitlicher Disziplin haben wir wohl einen Rekord für die Ewigkeit aufgestellt.

14. Mai: Anja und ich stehen vorne auf der Bühne. Gleich ist es so weit, in wenigen Augenblicken werden wir den Kreisverbänden und anwesenden Mitgliedern die neue Kampagne präsentieren. Wie werden sie reagieren? Werden sie uns zwingen, die alte Kampagne („Mit dem Herzen wählst du grün“) neu aufzulegen? Nein, es geht alles gut. Das Feed-Back ist bis auf einzelne Plakatmotive positiv, jetzt kann der Wahlkampf richtig losgehen.

01. Juli: „20 Jahre Obstbörse“ in Wennigsen. Vor mir spricht der Bürgermeister und schnell wird mir klar, dass ich mit seinen fundierten Obstkenntnissen nicht mithalten kann. Minutenlang referiert er über Kernobst, Obstwiesen und Streuobst. Ich lasse es dann doch lieber bei einer grünen Standardrede bewenden. Schuster bleib bei deinen Leisten.

14. Juli: Unsicher fummelt der Kameramann an der Technik herum, wir werfen beide bange Blicke auf Selin. Unsere Ratskandidatin aus Ricklingen versucht derweil, am Canarisweg einige Jugendliche als Filmkomparsen zu gewinnen. Rings herum Waschbetonfassaden, der Wind weht eine alte Zeitung über den Hügel. Die Realität ist manchmal stärker als alle Klischees. Das Experiment gelingt, es sollen die

WAHLKAMPF-MARATHON

Den Kommunalwahlkampf erlebte Jan Haude sowohl als Landesvorsitzender als auch als Wahlkampfkoordinator des Stadtverbandes Hannover. Ein persönlicher Rückblick im Zeitraffer.



HANDARBEIT: JAN HAUDE BEIM PLAKATIEREN.

besten Aufnahmen des gesamten Wahlkampfes werden.

25. Juli: Heute ist der Stichtag für die Einreichung der Wahlunterlagen. In monatelanger Kleinarbeit habe ich für den Stadtverband Hannover die Wählbarkeitsbescheinigungen der 126 RatskandidatInnen und der rund 250 BezirksratskandidatInnen zusammengestellt, die Listen fertig gemacht und alle Formulare ausgefüllt. Aber was ist, wenn mir dabei irgend ein Fehler unterlaufen ist? Nur eine Kleinigkeit, die dazu führt, dass die Grünen leider nicht für den Rat und die Bezirksräte antreten können? Werden sie mich dann aus der Stadt, ja vermutlich

aus dem gesamten Bundesland jagen? Oder lassen sie es dabei bewenden, mir nur fristlos zu kündigen? Ich behalte meinen Job und darf in Hannover bleiben.

12. August: Wahlfestival der Grünen Jugend in Peine. Ich stehe auf der Bühne in einer großen Halle und soll eine Rede halten. Der einzige Haken an der Sache: Es sind nur rund zwanzig Personen da, um diesem denkwürdigen Ereignis beizuwohnen. Und diese drücken sich auch noch am anderen Ende der Halle herum. Zum Glück habe ich meine Brille auf und kann zumindest ihre Schemen erkennen. Ich halte trotzdem meine Rede, entschlöße mich aber kurzentschlossen, sie vom Umfang her den Gegebenheiten anzupassen und etwas zu straffen.

27. August: Nieselregen in Vechta. Ich stehe mit Helge am Stand und betrachte fassungslos das Schauspiel, das sich etwa 50 Meter neben uns abspielt. Ein Trupp CDU-Leute bemüht sich, einen Pavillon aufzubauen. Ein Polizeiwagen hält, der Beamte steigt aus und hilft mit. Ein Akt der Höflichkeit? Sind die Beamten in Vechta besonders nett und freundlich? Oder wählen hier einfach alle CDU?

31. August: Wahlkampfunterstützung in Mecklenburg-Vor-

pommern, Nieselregen in Dömitz. Die Standbesetzung der hiesigen Grünen lässt sich vom Wetter nicht groß irritieren und trägt trotzdem Sonnenbrillen. Ebenso cool werden sie wenige Tage später in den Landtag einziehen.

03. September: Die Sonne scheint und es ist alles aufgebaut am Platz an der Marktkirche. Und da kommt auch schon das Conference-Bike mit dem Hauptgast des Tages vorgefahren. Händedruck mit Jürgen Trittin, danach hält er sich nicht lange mit Höflichkeitsfloskeln auf: „Was habt ihr denn für einen Platz gewählt? Hier funktioniert doch keine Wahlkampfveranstaltung!“ Kurze Zeit später erweisen sich die Sorgen des Polit-Routiniers als unbegründet. Die Veranstaltung ist gut besucht, auch wenn nicht viel Laufpublikum hier vorbei kommt. Und wir lassen noch einmal Gnade vor Recht walten und überreichen Jürgen anschließend die Joghurttorte höflich, statt sie ihm ins Gesicht zu klatschen. Schließlich wollen wir ja kein dauerhaftes Trauma bei ihm auslösen (Stichwort Atomdiskussion auf dem Ballhof im Jahr zuvor).

11. September: Ich sitze in der Faust-Warenannahme und schaue mir die Diashow mit den Bildimpressionen aus dem vergangenen Wahlkampf an. Jetzt ist es geschafft. Die Grünen sind landesweit zweistellig und ich befinde mich in einem Stadtbezirk, der zukünftig von einem grünen Bezirksbürgermeister regiert wird.

JAN HAUDE
jan.haude@gruene-niedersachsen.de



Vorneweg: Welche mannigfaltigen politischen Konsequenzen sich aus dem guten Abschneiden der Piratenpartei ergeben, kann heute niemand wirklich vorhersagen. Dass Netzpolitik auf der Agenda nach oben steigt, war jedenfalls schon vor diesem Wahlabend bekannt. Nur soviel: Für uns sollte der Einzug der Piraten ins Berliner Abgeordnetenhaus ein Hinweis darauf sein, dass es im Politikbetrieb kein Abonnement auf Frische, Frechheit und Kreativität gibt; vielmehr müssen auch Stil- und Formfragen immer wieder neu überdacht werden. Die TAZ lobt die Piraten für ihre „Kunst der Improvisation“. Das „Alternative“ hat offenbar weiterhin großen Charme. Mehr jedenfalls als die oft dagegen eingetauschte Professionalität. Wir brauchen beides.

KURZ VOR DEM ENDE DES WAHL-MARATHONS 2011:

Explodierende Mitgliederzahlen, vervielfachte Stimmengewinne, in allen Bundesländern in den Parlamenten vertreten, neue Regierungsbeteiligungen, der erste grüne Ministerpräsident – ein grünes Jahr der Superlative. Es klingt fast wie ein modernes Märchen: Der wilde Haufen der Gründerzeit scheint zum Hoffnungsträger der Nation zu werden.

ERKLÄRUNGSVERSUCHE

- Geschlossenheit:

Die WählerInnen wünschen die Konkurrenz zwischen den Parteien als Wettbewerb um die besten Vorschläge zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme. Aber sie haben eine Abneigung gegen den parteiinternen Streit,

PARTEI DES GEMEINWOHLS

Vom wilden Haufen zur Hoffnung der Nation? – Die Grünen als Partei des Gemeinwohls. Von Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion.



ZUSTIMMUNG IM BÜRGERLICHEN LAGER: WER WEISS, WER HEIMLICH GRÜN WÄHLT? - HIER KÄMPFT PAT DRENKE UM JEDE STIMME.

gegen personelle Scharmützel und Nabelschau.

- Grüne Eigenständigkeit:

Der Kurs grüner Eigenständigkeit hat die Partei aus ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer oder geborener Juniorpartner der SPD emanzipiert, ohne in inhaltliche Beliebigkeit zu verfallen. Der Kurs grüner Eigenständigkeit öffnet Türen zur Partei auch für Menschen, die sich selbst dem „bürgerlichen“ Lager zurechnen.

- Kultureller Wandel:

Liberalität, Toleranz, kulturelle Vielfalt – sind Gründermotive der Grünen und mittlerweile zu Leitmotiven der deutschen Gesellschaft geworden; dokumentiert ausgerechnet in der Zusammen-

setzung der schwarz-gelben Bundesregierung: eine Frau als Regierungschefin, ein schwuler Außenminister, ein Vizekanzler mit Migrationshintergrund, ein Rollstuhlfahrer als Finanzminister, eine Familienministerin, die in der laufenden Legislatur in Elternzeit geht – für all das haben die Grünen immer gekämpft. Mit anderen Worten: Die Grünen haben die Gesellschaft verändert und die Gesellschaft bewegt sich auf die Grünen zu.

- Zielsicherheit:

Der Ausstieg aus der Atomkraft, der Kampf gegen den Klimawandel, der Umbau der Industriegesellschaft in Richtung Ökologisierung und Erneuerbare

Energien, die Definition der Bildungspolitik als entscheidende soziale Frage des 21. Jahrhunderts, die Sicherung des Sozialstaats, die Gewährleistung solider Staatsfinanzen, die Orientierung auf Europa und die Einstellung auf die Veränderungen durch den demografischen Wandel sind Kernbestandteile grüner Programmatik. In der Summe stellen sie die Zukunftsthemen dar.

- Politisch-emotionale Kompetenz:

In Zeiten sich verschärfender Krisen wächst das Bedürfnis nach Zusammenhalt, Sicherheit und Solidarität. Die Grünen vermitteln das Gefühl von Bürgernähe, Verständnis, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit.

PARTEI DES GEMEINWOHLS

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und die ethischen und moralischen Gebote insbesondere der Parteien mit dem großen C haben in den langen Jahren der Kohl-Regierung, in der großen Koalition und unter Schwarz-Gelb gelitten. Sie brauchen neue Impulse. Die moderne Formel für die soziale Marktwirtschaft lautet: Mehr Ökologie und mehr Solidarität!

Der Kampf gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft muss in den Mittelpunkt der Politik rücken. Die Verschärfung des Widerspruchs zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum muss gestoppt werden. Die Grünen müssen die Partei der öffentlichen Güter werden.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@
bundestag.de



DAS IST DIE NEUE REGIONSFRAKTION

Zehn Frauen und sechs Männer vertreten ab November die Grünen Interessen in der Regionsversammlung. Neun Abgeordnete sind neu, sieben waren schon in der abgelaufenen Wahlperiode dabei.



Raoul Schmidt-Lamontain
Wahlbereich Hannover-Linden
Fraktionsvorsitzender



Doris Klawunde
Wahlber. Lehrte, Burgdorf, Uetze
Kand. stellv. Regionspräsidentin



Kathrin Kuhfß
Wahlber. Garbsen, Wedemark
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Brigitte Nieße
Wahlbereich Hannover-Südwest
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Ulrich Schmersow
Wahlb. Springe, Hemm., Wenn.,
Ronnenb. Stellv. Fraktionsvors.



Arifé Akcam-Hytrek
Wahlbereich Barsinghausen,
Gehrden, Seelze



Hinrich Burmeister
Wahlbereich Hannover-Südost



Anne Dalig
Wahlbereich Neustadt, Wustorf



Silvia Hesse
Wahlbereich Hannover-Mitte



Friederike Kämpfe
Wahlbereich Hannover-Nord-
west



Andreas Litzke
Wahlbereich Laatzen, Pattensen,
Sehnde



Ignazio Pecorino
Wahlbereich Hannover-Nordost



Fabian Peters
Wahlbereich Burgwedel, Isernhagen,
Langenhagen



Meike Schümer
Wahlbereich Hannover-List



Silke Stokar
Wahlbereich Hannover-Mitte



Elke Thielmann-Dittert
Wahlbereich Springe, Hemmingen,
Wennigsen, Ronnenberg

DAS IST DIE NEUE RATSFRAKTION

Im Rat der Landeshauptstadt sitzt ab November eine 14köpfige Grüne Fraktion, darunter acht Frauen und sechs Männer. Sechs von ihnen gehörten schon der alten Ratsfraktion, acht kommen neu hinzu.



Lothar Schlieckau
Wahlbereich Linden-Limmer
Fraktionsvorsitzender



Regine Kramarek
Wahlb. Kirch.-Beme.-Wülferode
Kandidatin Bürgermeisterin



Michael Dette
Wahlbereich Südstadt-Bult
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Belit Onay
Wahlber. Bothfeld-Vahrenheide
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Ingrid Wagemann
Wahlbereich List
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Maaret Westphely
Wahlbereich Mitte
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Selin Arikoglu
Wahlbereich Ricklingen



Mark Bindert
Wahlbereich Döhren-Wülfel



Patrick Drenke
Wahlbereich Nord



Silvia Klingenburg-Pülm
Wahlbereich List



Oliver Kluck
Wahlbereich Südstadt-Bult



Katrin Langensiepen
Wahlbereich Linden-Limmer



Freya Markowis
Wahlbereich Buchholz-Kleefeld



Sabine Nolte-Vogt
Wahlbereich Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

SO GEHT ES WEITER

Koalitionsverträge und Konstituierende Sitzungen

Am Montag, den 31. Oktober entscheidet der Stadtverband Hannover auf einer Mitgliederversammlung (18:00 Uhr, Grünes Zentrum, Hannover) über den Koalitionsvertrag mit der SPD. Am Samstag, den 12. November tritt der Regionsverband zur Mitgliederversammlung (11:00 Uhr, Forum, Lehrte) zusammen und entscheidet über die Vereinbarungen auf Regionsebene.

Der neue Rat der Landeshauptstadt Hannover konstituiert sich am 3. November. Die konsituierende Sitzung der Regionsversammlung findet am 15. November statt.

Betrachtet man das Wahlergebnis der Kommunalwahl für die Regionsversammlung, dann fällt auch auf, dass nur insgesamt drei Parteien, nämlich Grüne, SPD und CDU einen nennenswerten Anteil der WählerInnenstimmen gewinnen konnten. Die übrigen Parteien inklusive der FDP blieben mit ihrem Stimmenanteil unter 4 Prozent. Die Entwicklung hin zu einem dauerhaften Fünf-Parteien-System scheint sich zumindestens für die Region Hannover nicht zu bestätigen. Der größte Teil der Stimmen entfiel auf die beiden Volksparteien und wir konnten als Grüne mit unseren sensationellen Stimmengewinnen an die Volksparteien gut anschließen.

Neben vielen Erklärungen für diese Entwicklung, zu denen sicher auch die große Zufriedenheit der WählerInnen mit der politischen Arbeit der Rot-Grünen Koalition in der Region Hannover gehört, hat die bundespolitische Lage natürlich einen bedeutenden Einfluss gehabt.

Während des Kommunalwahlkampfes spitzte sich die Euro- und Finanzkrise weiterhin zu. Die Turbulenzen an den Kapitalmärkten und die Aussicht auf einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in Deutschland verunsichern die Bürgerinnen und Bürger zunehmend. Meiner Einschätzung nach trauen die Wählerinnen und Wähler offenbar nur den beiden Volksparteien und inzwischen auch uns Grünen zu, in diesen von Krisen geprägten Zeiten die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Dass wir als Grüne in dieser Situation nahezu eine Verdoppelung unseres Wahlergebnisses gegenüber 2006 erzielen konnten, ist umso beachtenswerter. Denn schließlich ist unseren Wahlprogrammen klar zu entnehmen, dass wir eine deutliche Umkehr in der Politik durchsetzen möchten. Die von uns seit langem geforderte Energiewende steht hier nur als ein Beispiel für eine ökologisch und sozial ausgerichtete Politik. Unser Wahlergebnis zeigt, dass offenbar ein deutlich gewachsener Teil der Bevölkerung inzwischen bereit ist, die sich daraus ergebenden Veränderungen in unserer Gesellschaft mitzutragen. Damit verbunden ist aber sicher aktuell auch die Hoffnung darauf, dass wir als Grüne angemessene Antworten

DIE REGION ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Brigitte Deyda, Vorsitzende des des Grünen Regionsverbands, sieht im guten Wahlergebnis auch eine Herausforderung an Grüne Politik.



ORTSTERMIN DES REGIONSVORSTANDS AM STANDORT DER GEPFLANTEN HÄHNCHENMASTANLAGE IN BOITZUM.

auf die Krisen entwickeln. Für Grüne Politik in der Region Hannover bedeutet das eine immense Herausforderung.

Wie uns die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 noch einmal deutlich vor Augen geführt hat, trifft ein Wirtschaftsabschwung die Region Hannover besonders hart. Zum einen sinken die Einnahmen der Region, zum anderen erhöhen sich die Ausgaben deutlich, da aus dem Sozialetat die Transferleistungen für einen größeren Kreis von bedürftigen Personen, und zwar für das gesamte Gebiet der Region Hannover, beglichen werden müssen.

Darüber hinaus leistet die Region Hannover weitere Unterstützung, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufzufangen und vor Gefährdungen zu schützen, angefangen mit der Jugendhilfe über das Rettungswesen, das Klinikum, das Gesundheitsamt

und vieles mehr. Diese Leistungen und Hilfsangebote gilt es finanziell abzusichern und dabei gleichzeitig langfristig die Schulden der Region Hannover abzubauen, wozu wir auch durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse perspektivisch verpflichtet werden.

Die Konsolidierung des Regionshaushaltes und der Finanzen der regionseigenen Betriebe, bei der in den letzten Jahren schon große Fortschritte gemacht wurden, muss daher unbedingt fortgesetzt werden.

Gleichzeitig werden wir uns neben wirtschaftlichen Risiken auf eine zunehmende Energie- und Ressourcenknappheit einstellen müssen. Für Erdöl und für einige Rohstoffe zeichnet sich bereits eine Verknappung ab, verbunden mit einem deutlichen Preisanstieg. Um dem Wunsch der Menschen nach Mobilität,

die für sie bezahlbar ist, langfristig nachzukommen, wird die Region Hannover den öffentlichen Personen-Nahverkehr weiter ausbauen müssen.

In der Abfallwirtschaft muss es Ziel sein, einen noch größeren Anteil des Abfalls energetisch und als „Rohstoffquelle“ zu nutzen.

Die Energiewende müssen wir forcieren mit dem vorrangigen Ziel Energie einzusparen, um langfristig unseren Energiebedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken zu können. Damit machen wir uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Energiekostensteigerungen. Das ist von großem Vorteil, denn finanzschwache Haushalte treffen diese Kostensteigerungen besonders hart. Über die höheren Wohnkosten für TransferleistungsbezieherInnen würde außerdem der Sozialetat der Region Hannover noch stärker belastet.

Die Region Hannover muss darüber hinaus bei ihren eigenen Gebäuden in die energetische Sanierung in den nächsten Jahren erheblich investieren und damit die begonnene Gebäudesanierung fortführen. So können finanzielle Risiken für den Regionshaushalt aufgrund von Energiekostensteigerungen begrenzt werden.

Die aufgeführten Maßnahmen, die wir in den nächsten Jahren in der Region Hannover in Angriff nehmen müssen, um meiner Meinung nach auf mögliche Risiken und Krisen besser vorbereitet zu sein, gehören natürlich zu unseren bekannten Forderungen. Sie finden sich an vielen Stellen in unserem Wahlprogramm wieder, aber auch in unseren Vorstellungen von einer „klimaneutralen Region“. Nun gilt es für uns Grüne in der Region Hannover, gestärkt durch das sensationelle Wahlergebnis, unsere politischen Ziele mit Nachdruck umzusetzen und das in uns gesetzte Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler zu bestätigen: Wir müssen zeigen, dass Grüne Politik in der Region Hannover mit ihrer ökologischen und sozialen Ausrichtung, konsequent fortgeführt, die Region Hannover besser vorbereitet auf mögliche Krisen und insgesamt zukunftsfähiger macht.

BRIGITTE DEYDA

deyda@gruene-hannover.de



CASTORALARM!

Im November 2011 soll wieder Atommüll nach Gorleben rollen.



SCHIENENBLOCKADE BEI HARLINGEN, CASTOR 2010.

FOTO: TOBIAS LEVERENZ, CC BY-NC 3.0

Schwarz-gelb hat mit der Laufzeitverlängerung ein unglaubliches Fiasko erlebt. In Windeseile wurde ein neuer Ausstiegsplan besiegelt. Durch den enormen öffentlichen Druck wurden die ältesten acht Reaktoren sogar sofort stillgelegt. Trotzdem werden im November wieder Castor-Züge mit ihrer tödlichen Fracht ins Wendland rollen, wo der hochgiftige Atommüll im oberirdischen Zwischenlager Gorleben eingelagert werden soll.

Gerade jetzt ist es wichtig, weiter Widerstand gegen die Atomindustrie und gegen die Castor-Transporte nach Gorleben zu leisten. Jeden Tag wird weiter an dem geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Salzstock in Gorleben herumgewerkelt und somit Fakten für ein Endlager geschaffen. Aus der Vergangenheit wissen wir: Trotz aller Erfolge dürfen wir mit dem Protest nicht nachlassen, bis die letzte Atomanlage stillgelegt und Gorleben gestoppt ist.

Die Möglichkeiten gegen den Castor zu protestieren sind vielfältig. Von der Auftaktdemo im Wendland über Proteste an der Castorstrecke, bis hin zu Sitz- und Schienenblockaden ist für alle etwas dabei. Vor allem die langanhaltenden Sitz- und Schienenblockaden sorgen nach der Auftaktdemo für eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Neben dem politischen Druck sorgen sie auch dafür, den Castor-Transport erheblich zu verzögern und somit die Auseinandersetzung um die Atomkraft zuzuspitzen. Deshalb ist es wichtig, dass auch in diesem

Jahr wieder viele Menschen ins Wendland fahren, demonstrieren und die Castorstrecken blockieren. Sitz- und Schienenblockaden sind friedliche Mittel des zivilen Ungehorsams. Anti-Atom-Aktivist*innen verstoßen bewusst gegen Normen, um auf diese Art und Weise auf die Beseitigung einer Unrechtssituation zu verweisen und mit ihren Aktionen ihr moralisches Recht auf Partizipation zu betonen. Auch in diesem Jahr wird es wieder organisierte Schienen- und Straßenblockaden geben. Um einen Überblick zu den geplanten Protesten im Wendland zu geben und die verschiedenen Aktionsformen auszuprobieren, bietet der Grüne Stadtverband am 5. November ab 14 Uhr im Petra K. Keller einen Infonachmittag mit anschließendem Blockadetraining an. Dort wird darüber informiert, was bei den Protesten im Wendland beachtet werden sollte und wie mit vielen anderen Menschen zusammen die Strecke erfolgreich blockiert werden kann. Außerdem kann hier ausprobiert werden, wie es ist, von der Polizei weggetragen zu werden oder in der Rolle der Polizei die Blockaden aufzulösen. Natürlich wird es auch wieder Busse aus Hannover geben, um die erlebte Theorie und Praxis am Wochenende des 26. Novembers in die Tat umzusetzen!

Lesetipp: Blockadefibel: Anleitung zum Sitzenbleiben von x-tausendmal quer: www.gruene-link.de/3ld

TOBIAS LEVERENZ

tobias.leverenz@
gruene-hannover.de



DANKE SAGEN

Grüne würdigen Arbeit der Naturschutzverbände mit Empfang im MoorIZ und geführtem Moorspaziergang.

Danke sagen für jahrzehntelangen Einsatz der Naturschutzverbände wollten die Grünen des Landes Niedersachsen, der Region und der Wedemark: Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag, Ulrich Schmersow, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Regionsfraktion, und Regionskandidatin Kathrin Kuhfß würdigten das jahrelange Engagement der Faunistischen Arbeitsgemeinschaft Moore (FAM), die zum Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gehört, der Naturkundlichen Vereinigung Langenhagen (NVL) und der Landesjägerschaft Niedersachsen (LJN) für die Hannoversche Moorgeest.

Auf Initiative der Grünen gründeten diese Verbände den „Aktionskreis Hannoversche Moorgeest“. Seit drei Jahren führt dieser durch die Moore, veranstaltet Vorträge und gibt Schriften heraus. Auch das Moorinformationszentrum „MoorIZ“ wurde mit dem Fachwissen dieser Verbände gestaltet.

Stefan Wenzel hob die Bedeutung der Hannoverschen Moorgeest hervor: „Jahr für Jahr entweichen große Treibhausemissionen in die Luft, weil die Moore seit 100 Jahren entwässert wurden. Aus Kohlenstoffsenken werden Kohlenstoffquellen. Es gilt, die Entwässerung in diesen wertvollen vier Hochmooren zu stoppen.“ Ulrich Schmersow betonte: „Wir haben es hier mit Perlen der Moore zu tun: Bissendorfer, Otternhagener, Helstorfer und Schwarzes Moor sind die bedeutendsten in Niedersachsen und nehmen Platz drei in Deutschland ein. Damit erwächst Niedersachsen und Deutschland eine ganz besondere Verantwortung.“

Seit mehr als zehn Jahren gibt es in der Region Hannover das Naturschutzgroßprojekt Hannoversche Moorgeest. Es sollte mit 70 Prozent vom Bund, mit 20 Prozent vom Land und mit 10 Prozent von der Region Hannover gefördert werden. „Das war eine riesige Chance“, so Schmersow weiter. „Der Umweltminister und das

Land Niedersachsen haben leider gegen dieses Projekt gearbeitet, das deshalb trotz jahrelanger unermüdlicher Bemühungen von Umwelt- und Naturschutzverbänden, der Organisation Bürger für Resse und der Grünen vor Ort nicht durchgekommen ist.“ Ulrich Schmersow betonte, dass dies jedoch nicht den Verdienst der Ehrenamtlichen schmälert, die sich seit Jahren für die Hannoversche Moorgeest einsetzen, und bedankte sich „ganz herzlich bei allen, die diesem Projekt ihre Energie, ihre Zeit und ihr Fachwissen gegeben haben.“

Kathrin Kuhfß betonte: „Wie viel Arbeit von den einzelnen Organisationen geleistet wurde und wird, konnten wir vor Ort miterleben, wenn wir mit Ludwig Uphues zusammenkamen.“ Stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen vom Aktionskreis Hannoversche Moorgeest bedankte sie sich bei Uphues und Dr. Reinhard Löhmer für deren unermüdlichen Einsatz.

Kathrin Kuhfß beleuchtete außerdem die Zukunft der vier Moore: „Das Land Niedersachsen bemüht sich nun um europäische Naturschutz-Finanzmittel. Dieser Antrag steht aber in enormer Konkurrenz zu vielen anderen Anträgen. Es ist damit eine große Frage, ob es Geld aus Brüssel geben wird. Wie bedauerlich, dass das Land Niedersachsen während des Rennens die Pferde gewechselt hat und die sicheren Bundesmittel gegen unsichere EU-Mittel eingetauscht hat.“

Die Region Hannover ist als Hauptakteurin von der Bühne abgetreten. Nun muss sich das Land Niedersachsen für dieses Großprojekt einsetzen. Die Erfolgsaussichten mit Herrn Sander als Umweltminister scheinen trübe. Deshalb bleibt es so außerordentlich wichtig, dass die Naturschutzverbände und die Grünen vor Ort das Projekt mit Nachdruck weiter begleiten.

ANGELA KLINGRAD

klingrad@
gruene-hannover.de



Die Situation ist ernst, verdammt ernst. Nicht nur ich mache mir in Berlin große Sorgen. Das europäische Projekt als solches steht auf dem Spiel. Um nichts weniger geht es. In diesem kurzen Text kann natürlich nicht auf die ganze ökonomische Komplexität dieser Krise eingegangen werden, sondern nur besonders wichtige Punkte erörtert werden.

WELTWIRTSCHAFTSKRISE NOCH LANGE NICHT VORBEI

Als Erstes ist festzuhalten: Wir sind immer noch mitten in der schwersten Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren. Es ist die gleiche Krise, die 2007 ausgebrochen ist und sich ein Jahr später mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers massiv verschärfte. Diese Weltwirtschaftskrise ist aber noch lange nicht am Ende. Dabei dürfen wir nicht nur die Krise an den Finanzmärkten betrachten, sondern müssen auch die globale Armuts- und Verteilungskrise sowie die Klima- und Ressourcenkrise im Blick behalten. Diese Krisen bedingen und verstärken sich gegenseitig und subsumieren sich zu einer globalen Megakrise. Das ist kein Resultat einer Naturkatastrophe, sondern hat konkrete Ursachen. Die neoliberale Wirtschaftsideologie in Theorie und Praxis hat in den letzten Jahrzehnten die Grundlagen für diese Megakrise gelegt. Mit dem Glauben an freie, sich selbst regulierende Märkte, hemmungslose Konkurrenz, das Primat „Privat vor Staat“ und niedrige Steuern wurden die Finanzmärkte massiv dereguliert, der Sozialstaat abgebaut und die Schere zwischen Arm und Reich bei der Einkommens- und Vermögensverteilung weiter verschärft.

EUROPÄISCHE ANTWORTEN AUF DIE KRISE

Und obwohl der Neoliberalismus in Theorie und Praxis gescheitert ist, ist er noch lange nicht besiegt. Auch die derzeitige Krisenbewältigung in Europa baut darauf auf. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel. Angesichts der gewaltigen Dimension der Weltwirtschaftskrise braucht Europa einen großen Wurf. Um hier nur die wichtigsten Maßnahmen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zu nennen:

Die Erweiterung und Erhöhung des Euro-Rettungsschirm EFSF ist richtig. Der permanente

EUROPA AM SCHEIDEWEG

Sven-Christian Kindler, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, zur aktuellen Krise.



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK IN FRANKFURT AM MAIN.
FOTO: UGGBOY, CC BY 2.0 VIA FLICKR.COM

nachfolgende Schirm ESM soll in einen echten Europäischen Rettungsschirm überführt werden, der auch bei einer Insolvenz von Staaten eine wirksame private Gläubigerbeteiligung vorsieht.

Schulden und Defizite müssen in Europa auf ein nachhaltiges Maß reduziert werden. Sparen ist wichtig, reicht aber allein nicht aus. Gerechte Mehreinnahmen und Investitionen im Rahmen eines europäischen Green New Deal in den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft sind genauso entscheidend.

Der Finanzsektor muss hart reguliert werden. Er muss deutlich kleiner und langweiliger werden. Wir brauchen eine europäische Finanzmarktaufsicht auf Augenhöhe. Zu große Banken („too big to fail“) müssen schrumpfen und entflochten werden, die Eigenkapitalquote der Banken muss erhöht werden und rein spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden. Eine Finanztransaktionsteuer dämpft die unsinnigsten Finanzmarktswetten und beteiligt den Finanzsektor an den Krisenkosten.

Die Verbindung von Bankenkrise und Staatsfinanzen muss endlich aufgebrochen werden. Wir brauchen deswegen einen europäischen Bankenrettungsfonds, der

europäische Geschäftsbanken bei Bedarf mit Eigenkapital ausstatten kann und über eigene Abwicklungskompetenzen auf Basis eines europäischen Insolvenzrechts für Banken verfügt.

Angela Merkel muss endlich ihren Widerstand gegen konditionierte gemeinsame europäische Staatsanleihen aufgeben. Eurobonds, die bis zu einer stabilitätswahrenden Grenze der Staatsverschuldung ausgegeben werden, sind ein notwendiges Instrument, um den Euro-Währungsraum zu stabilisieren und Finanzmarkt Spekulationen zu verringern. Eurobonds müssen aber mit einer Stärkung der finanzpolitischen Disziplin einhergehen.

Es gibt schwerwiegende Strukturprobleme in Griechenland. Deswegen muss das Land Reformen vorantreiben und auch wirksam sparen, keine Frage! Aber das derzeitige Kaputtsparen trifft erstens nur die Menschen mit geringen Einkommen und würgt zweitens die Konjunktur ab und verschärft so die Verschuldungssituation. Um wieder auf die Beine zu kommen, ist mittelfristig eine geordnete Umschuldung, Vermögensumverteilung und eine sozial-ökologische Investitionsstrategie notwendig. Die EU braucht eine demokratisch

legitimierte Wirtschaftsunion, die eine aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik möglich macht. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente dürfen dabei nicht übergangen werden, sondern müssen die zentrale Entscheidungs- und Kontrollinstanz sein. Eine Ursache der aktuellen Weltwirtschaftskrise ist die gewachsene Einkommens- und Vermögensungleichheit. Viel zu viel privates Vermögen der Reichen und Superreichen fließt in die unregulierten Finanzmärkte und sucht dort seine maximale Rendite. Eine gerechte Vermögensbesteuerung in Deutschland und Europa stabilisiert einerseits die Ökonomie und beteiligt die Vermögenden andererseits angemessen an den staatlichen Kosten der Krise. Die Leistungsbilanzungleichgewichte - auch die Überschüsse - müssen angegangen werden und symmetrisch im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt überwacht werden. Die Länder im Süden Europas müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und mehr exportieren, aber Deutschland muss auch seine Binnenkonjunktur stärken, z.B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn und sozial-ökologische Investitionen.

WIR MÜSSEN MEHR DISKUTIEREN

Es sind historische Zeiten in denen wir leben. Europa kann scheitern, aber wir können auch die Chancen für einen großen Wurf nutzen und mit einer tieferen Integration gestärkt aus der Krise hervorgehen. Mehr Europa, das heißt: Mehr Demokratie, mehr Nachhaltigkeit, mehr Solidarität. Dafür werden wir in den nächsten Monaten und Jahren als Grüne gemeinsam streiten. Wenn ihr Fragen und Anmerkungen habt, meldet euch bitte bei mir in meinem Regionalbüro. Ich komme gerne auch zu euch, um vor Ort über aktuelle Entwicklungen zu berichten und über grüne Wege aus der Krise zu diskutieren. Eine Möglichkeit dazu besteht am **15. November ab 19:00 Uhr im Grünen Zentrum** bei der **Diskussionsveranstaltung "Ist der Euro noch zu retten?"** Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler
@bundestag.de



Seit der Einführung neuer EU-Gesetze zur Flüchtlingspolitik, wie der Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von AsylbewerberInnen in den Mitgliedsstaaten von 2003, wird an den Außengrenzen der „Festung Europa“ eine Politik der Abschottung und Menschenrechtsverletzung praktiziert. Viele Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung oder nach einem menschenwürdigen Leben, finden an den Außengrenzen der EU den Tod. Die, die es geschafft haben, lebend auf der italienischen Insel Lampedusa anzukommen, haben wenig Chancen durch ein faires, schnelles und menschenwürdiges Flüchtlingsschutzprogramm die Lebensumstände zu ändern und zu verbessern. Von der internationalen europäischen Öffentlichkeit wird die Bewegung der Flüchtlinge in Richtung EU mit einem Vokabular beschrieben, das automatisch negative Assoziationen verursacht und Ängste in Verbindung mit den betroffenen Menschen schürt. In diesem Zusammenhang wird von: „Massenflucht“, „Ansturm“, „Flüchtlingsstrom“, „Flüchtlingsexodus“ gesprochen. Dabei wird außer Acht gelassen, wie viele Flüchtlinge in verschiedenen Ländern außerhalb von Europa tatsächlich Schutz suchen und wie die Länder außerhalb Europas mit solchen Flüchtlingszahlen überfordert sind (z.B. Tunesien, Libanon, usw.).

Die katastrophale Lage der Flüchtlinge auf der italienischen Insel Lampedusa soll nicht verleugnet werden, auch nicht die Tatsache, dass immer mehr Menschen in der Hoffnung auf besseres Leben zu tausenden versuchen, in Europa anzukommen. Angesichts der vielfältigen Gründe, die dazu führen, dass Europa in einer globalisierten Welt eine große Verantwortung für die Flüchtlinge trägt, die vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Klimawandel, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und vor gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen fliehen, ist eine europäische innenpolitische, solidarische und humanitäre Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen den Staaten der EU notwendig. Es ist klar, dass wir in Niedersachsen nicht direkt

HÖCHSTE ZEIT FÜR HUMANES SIGNAL

Grüne humane Flüchtlingspolitik „ohne Flüchtlinge“? – Von Dorota Szymanska, Mitglied im Landesparteirat und im Regionsvorstand.



FESTUNG EUROPA.

die Europäische Flüchtlingspolitik steuern können. Es ist aber auch wichtig, dass viel Kraft zur Verbesserung und Veränderung der Flüchtlingspolitik aus der Zivilgesellschaft investiert wird. Politische Parteien, wie auch wir Grünen, spielen da eine sehr wichtige Rolle. Nach Außen werden voll allem wir Grünen mit einer humanitären Flüchtlingspolitik in Verbindung gebracht. Diese Zuordnung fordert uns in der heutigen Situation in „der Arabischen Welt“ besonders heraus.

Wie sind die Perspektiven für eine humane Grüne Flüchtlingspolitik „mit Flüchtlingen“ in Niedersachsen?

Wir fordern, dass Niedersachsen sich in Rahmen eines Resettlementprogramms verpflichtet, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren. Gemäß dem durch die Vereinte Nationen an UMCHR erteilten Auftrag, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu finden, brauchen die aufgenommenen Flüchtlinge von Beginn an ein sicheres Aufenthaltsrecht, müssen arbeits- und sozialrechtlich mit Inländern gleichgestellt werden und bestmögliche Integrationschancen erhalten.

Wichtige Bausteine der Humanen Grünen Flüchtlingspolitik sollten, wie auch von der Kampagne Save-me formuliert und gefordert, sein:

- Schutz für Flüchtlinge / Orientierung am Schutzbedürfnis der Betroffenen und nicht an den Aufnahmeinteressen des Staates

FOTO: KEVIN COLLINS, CC BY 2.0 VIA FLICKR.COM

- Familieneinheit / Recht auf Familiennachzug
- Flüchtlingsstatus / analog der Praxis des ehemaligen Kontingentflüchtlingsgesetzes Hum-HAG
- Aufenthaltssicherheit / nach §23 II AufenthG eine Niederlassungserlaubnis
- Integrationskurs
- Arbeitsmarktintegration
- Sozialleistungen / bei Bedarf nach SGB II bzw. SGB XII
- Freizügigkeit und Wohnortwahl / u.a. keine Residenzpflicht
- Unterbringung / die aufgenommenen Flüchtlinge werden nicht in Lagern untergebracht, sondern erhalten die Möglichkeit, in der Aufnahmegemeinde eine Wohnung zu beziehen
- Kommunale Unterstützung / z.B. Vermittlung von Patenschaften, wobei die Flüchtlingsaufnahme in staatlicher Verantwortung bleibt

Zwei Niedersächsische Städte, Hannover und Göttingen haben die bundesweite Save-me-Kampagne unterschrieben. Durch einen kommunalen Beschluss wird die Neuaufnahme von Flüchtlingen erreicht. Es ist höchste Zeit, dieses deutliche Signal für einen großzügigen und humanen Umgang mit Flüchtlingen durch die Einwirkung Grüner Politik in weitere Kommunen in Niedersachsen zu tragen!

DOROTA SZYMANSKA

szymanska@gruene-hannover.de



RIO+20

Nachhaltig vor Ort! - Fünfter Netzwerk21Kongress in Hannover.

Vom 7. bis 9. Dezember 2011 findet in Hannover der Kongress „Rio+20 - Nachhaltig vor Ort!“ in Verbindung mit dem fünften Netzwerk-21Kongress statt. Hinter dem Kongress steht ein Bündnis aus 23 überwiegend bundesweiten Organisationen. Als Teilnehmende werden mindestens 600 lokale Nachhaltigkeits-AkteurInnen aus Kommunen, NGOs, Verbänden, Unternehmen, Kultur, Medien und der Zivilgesellschaft erwartet.

Im 20. Jahr nach dem ersten Weltgipfel in Rio de Janeiro ist es an der Zeit für eine kritische Bestandsaufnahme: Was wurde erreicht? Welche Herausforderungen und Ziele stehen uns in Zukunft bevor? Was können Kommunen tun, um ihre Finanzpolitik nachhaltig zu gestalten? Welche Rolle übernimmt die Wirtschaft? Worauf müssen sich Städte in Zukunft einstellen? Wie gelingt eine solidarische und global gerechte Lebensweise? Diese und weitere Fragen werden in Arbeitsgruppen oder plenar diskutiert.

Der Kongress in Hannover wird zur Wegmarke für die in Rio 1992 beschlossene Agenda21 und die zahlreichen Lokalen Agenda21-Prozesse. Damit erhält auch der fünfte in der Reihe der Netzwerk21Kongresse eine besondere Bedeutung: Die Ergebnisse des Kongresses werden in eine Abschluss-Erklärung gefasst, die in den nationalen Vorbereitungsprozess für den Erdgipfel 2012 in Rio eingebracht wird.

Unter dem Motto „... the next generation“ setzen sich Jugendliche in einem eigenen Kongress interaktiv und kreativ mit Themen der lokalen Nachhaltigkeit auseinander, und besuchen im Anschluss den Hauptkongress.

Mehr Informationen und die Anmeldeunterlagen gibt es unter www.rioplus20kongress.de



AUS DEM BUNDESTAG

FDP IN DER INSOLVENZ, BUNDESREGIERUNG DESOLAT, EUROPA AUF DER KIPPE

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat abgewirtschaftet: Die FDP kämpft ums nackte Überleben, die Abgeordneten von CDU und CSU finden keine gemeinsamen Positionen bei wichtigen anstehenden Entscheidungen und der Kanzlerin fehlt es an Führungsstärke. Die Regierung taumelt; die Vorstellung, dass diese desolante Truppe noch zwei Jahre Deutschland regieren will, ist nicht nur das pure Grauen, sondern vor dem Hintergrund der Eurokrise geradezu gemeingefährlich. Denn diese Krise ist mehr als ein Währungs- oder Schuldenproblem, sie ist eine existentielle Bedrohung Europas als friedliche, solidarische und verantwortliche Staatengemeinschaft.

MIT MEHR EUROPA AUS DER KRISE

Jetzt hilft nur eine Doppelstrategie: Kurzfristig muss ein Zusammenbruch von Staaten und in dessen Folge der Zusammenbruch des Finanz- und Währungssystems verhindert werden. Dazu dienen – quasi als Feuerlöscher – die Griechenland-Hilfe und die Ausweitung des Europäischen Rettungsschirms EFSF. Damit kann Zeit gewonnen werden, um eine gemeinsame europäische Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dauerhaft stabilisierenden Mechanismen zu installieren. Ein wichtiges regulierendes Element dabei ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), auf den sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geeinigt haben und der ab Mitte 2013 gelten soll. Die Bundesregierung hat monatelang gegen den ESM gewettert und damit die eigenen Fraktionen rebellisch gemacht, die nun weiter Sand ins Getriebe streuen. Gleiches gilt für verfassungskonform ausgestaltete Eurobonds, mit denen die Spekulation gegen einzelne Eurostaaten eingedämmt werden könnte. Doch das Zögern und Zaudern der Bundesregierung lässt das Zocken um Europa weitergehen.

Ich bin davon überzeugt, dass der Ausweg aus der Eurokrise

nur mit mehr Europa möglich ist. Dafür gilt es die Menschen zu gewinnen, dafür brauchen wir eine sachliche aber auch mit aller Leidenschaft geführte europäische Debatte und dafür muss sichergestellt sein, dass die Lasten der Euro-Rettung gerecht verteilt werden.

HAUSHALT 2012 - GESPART WIRD AM SOZIALEN

Im Schatten der Eurokrise wird auch der Haushaltsplan 2012 debattiert. Die Bundesregierung hatte im Sommer des vergangenen Jahres ihr Sparpaket für Deutschland vorgelegt. Schaut man jetzt, was davon übrig geblieben ist, bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen. Während sich geplante Belastungen der Wirtschaft, wie beispielsweise der Abbau von Mitnahmeeffekten bei Energiesteuervergünstigungen für Unternehmen, als Luftbuchungen erwiesen haben, ist der Kahlschlag im Sozialhaushalt bittere Realität geworden.

ARBEITSMINISTERIN RAUBT LANGZEITARBEITLOSEN IHRE CHANCEN

So stand auch die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die am 23. September von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag verabschiedet wurde, ausschließlich unter dem Rotstift diktat des Finanzministers. Die Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen werden zusammengestrichen, der Gründungszuschuss wird kaputtgespart und die öffentlich geförderte Beschäftigung bleibt weitgehend auf der Strecke.

Die Arbeitsmarktpolitik von Ursula von der Leyen macht aus dem deutschen Jobwunder einen Rohrkrepiere: Die Langzeitarbeitslosigkeit wird sich verfestigen, der Fachkräftemangel wird zunehmen und die doppelte Spaltung am Arbeitsmarkt – in Beschäftigte und Arbeitslose und in Stamm- und Randbelegschaften – wird sich verschärfen.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@bundestag.de
Tel.: 030 227-74527



RECHT AUF TRANSPARENZ

(Noch keine) Informationsfreiheitsgesetz in Langenhagen: Dirk Musfeldt, Grüner Fraktionsvorsitzender im Langenhamer Rat, zum aktuellen Stand.

In mittlerweile 90 Staaten weltweit gibt es Informationsfreiheitsgesetze. Vorbild für die sperrige deutsche Bezeichnung ist der US-amerikanische Freedom of Information Act von 1966. Informationsfreiheit ist ein demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, fehlende Transparenz bedeutet demgegenüber ein Demokratiedefizit.

Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit, nicht der Behörde. Sie sollten deshalb auch öffentlich zugänglich sein. Die Forderung nach Informationsfreiheit lässt sich auch von der finanziellen Seite her begründen: Das Geld, das öffentliche Stellen verwalten und investieren, gehört den Bürgern. Deshalb sollten öffentliche Stellen dazu verpflichtet sein, ihren verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern jederzeit unter Beweis zu stellen und gewünschte Informationen offenzulegen.

RECHT AUF ZUGANG ZU INFORMATIONEN

Wo Informationsfreiheit besteht, hat jeder das Recht auf einen voraussetzungslosen Zugang zu den Informationen, die in der öffentlichen Verwaltung vorhanden sind. „Voraussetzungslos“ heißt: Für die Akteineinsicht muss nicht – wie im klassischen Verwaltungsverfahren – nachgewiesen werden, dass ein „rechtliches Interesse“ besteht. Der Antrag auf Akteneinsicht muss überhaupt nicht begründet werden. „Voraussetzungslos“ bedeutet allerdings nicht „bedingungslos“. Die Informationsfreiheit wahrt die Schutzbestimmungen anderer Gesetze, wie etwa des Bundesdatenschutzgesetzes. Es werden in engen Grenzen Ausnahmeregelungen definiert, etwa zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, der Strafverfolgung oder der öffentlichen Sicherheit.

Die Weiterentwicklung des Konzepts der Informationsfreiheit ist „Open Data“, für das wir uns auf Bundesebene einsetzen. „Open Data“ bedeutet, die Informationen nicht nur auf Anfrage und ggf. zusammengefasst, sondern unaufgefordert in maschinenlesbarer Form „im Original“ zur Verfügung zu stellen. Damit können die Nutzerinnen und Nutzer eigene Anwendungen für diese Daten entwickeln.

GESETZLICHE REGELUNG FEHLT IN NIEDERSACHSEN

Brandenburg war 1998 das erste Bundesland, das ein Informationsfreiheitsgesetz eingeführt hat. Das Bundesgesetz, das am 1. Januar 2006 in Kraft trat, war eines der letzten Werke der rot-grünen Koalition. Inzwischen gibt es Ländergesetze in elf der 16 Bundesländer, Baden-Württemberg soll dazu kommen. Diese Gesetze gelten jeweils auch für die kommunale Ebene und geben den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu den Akten der Städte, Gemeinden und Landkreise. In Niedersachsen hingegen sind mehrere Gesetzesinitiativen gescheitert.

BESCHLUSS IN LANGENHAGEN NOCH IN DIESEM JAHR

In der gleichen „gesetzlosen“ Situation sind bayerische Städte als erste auf die Idee gekommen, mit „Informationsfreiheitsgesetzen“ zumindest einen Ausweg für ihre eigenen Angelegenheiten zu schaffen. Diesem Vorbild folgend, haben wir in Langenhagen vor fünf Jahren in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD ebenfalls eine solche Satzung vereinbart. Ein Entwurf liegt nun endlich vor und wird noch dieses Jahr beschlossen werden.

DIRK MUSFELDT
Dirk.Musfeldt@
region-hannover.de



DANKE JAN!

Seit 2007 war Jan Haude Geschäftsführer des Grünen Stadtverbands Hannover. Im Februar wurde er zum Vorsitzenden des niedersächsischen Landesverbands gewählt. Nachdem er dem Stadtverband im Kommunalwahlkampf noch als Wahlkampfkoordinator erhalten blieb, ist nun die Zeit des Abschieds gekommen.



JAN HAUDE IM GRÜNEN ZENTRUM.

Mit seinen knapp 30 Jahren ist Jan Haude bereits ein Grünes Urgestein. Schon in jungen Jahren war er in der Grünen Jugend aktiv, unter anderem als Mitglied des Bundesvorstands. In seiner Heimat Soest war er im Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Nach seinem Umzug nach Hannover wurde er bald Koordinator der Grünen Hochschulgruppe, später dann Fraktionsvorsitzender der Bezirksratsfraktion Mitte und Wahlkampfassistent beim Grünen Stadtverband.

So lag es nahe, dass die Wahl auf Jan fiel, als der Grüne Stadtverband 2007 einen Nachfolger für Enno Isermann als Geschäftsführer suchte. Und das, obwohl Jan zu diesem Zeitpunkt erst 25 Jahre alt war und sein Studium noch nicht beendet hatte.

Jan enttäuschte seinen neuen Arbeitgeber nicht. Mit Kreativität, politischem Geschick und Organisationstalent stand er seinem Vorstand mit Rat und Tat zur Seite, brachte so manche Idee auf den Weg und viele neue Mitglieder

in die Partei. An den Erfolgen der Wahlkämpfe zur Landtagswahl 2008, zur Europawahl und zur Bundestagswahl 2009 hatte er als Geschäftsführer in Hannover maßgeblichen Anteil.

"Nebenbei" schloss er sein Studium ab, wurde Vater und gründete sogleich eine Elterninitiative für mehr Kita-Plätze in Hannover. Nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden übergab er die Geschäftsführung des Stadtverbands an seine Nachfolgerin Rahel Missal und betreute den diesjährigen Kommunalwahlkampf nicht nur als Landesvorsitzender, sondern auch als Wahlkampfkoordinator für den Stadtverband (siehe Seite 4).

Gemeinsam mit seinen VorstandskollegInnen im Landesverband ist nun die Vorbereitung des Grünen Landtagswahlkampfes seine nächste Aufgabe. Wir Grünen aus Hannover wissen, dass diese bei Jan in den besten Händen ist.

CHRISTIAN GÜNTHER
guenther@
gruene-hannover.de



AUS DEM LANDTAG

GUTE VORZEICHEN FÜR 2013

Das überwältigende Wahlergebnis der Grünen in Niedersachsen hat sich durchaus schon in der bemerkenswerten guten Stimmung, die uns im Wahlkampf von vielen Bürgerinnen und Bürgern entgegengebracht wurde, angekündigt. Zum ersten Mal in einem Wahlkampf war so deutlich zu spüren, dass wir mit den von uns gesetzten Themen die Kernpunkte der zukünftigen Herausforderungen treffen und die richtigen Forderungen stellen. Aber nicht nur durch unsere Themen – wie Arbeit durch Ökologie, Bildung von Klein auf oder einer verlässlichen kommunalen Daseinsvorsorge – sondern auch mit den richtigen Leuten vor Ort konnten wir punkten. Die mit diesem Wahlergebnis greifbare Möglichkeit, 2013 die derzeitige Regierungskoalition abzulösen zeigt auch die besondere Verantwortung, die aus diesem Wahlergebnis erwächst. Nun beginnt ein spannender Prozess, wie wir unsere Programmatik weiter entwickeln und regierungstauglich ausgestalten können. Nicht nur in der Landtagsfraktion, auch in den LAGen hat die Arbeit begonnen sich auf diesen Fokus auszurichten.

HAUSHALTSENTWURF RECHTSWIDRIG

Nicht unerwähnt bleiben sollen aber auch Fehler der Regierungsfaktionen, die an ihrer finanz- und wirtschaftspolitischen Kompetenz zunehmend Zweifel wecken.

Der erste Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2012/2013 musste vom Ministerpräsidenten zurück gezogen und überarbeitet werden. Nicht nur wir Grüne, auch der Landesrechnungshof hielt die von der Landesregierung geplante Neuverschuldung oberhalb der bisherigen Verfassungsobergrenze für rechtswidrig.

Die Landesregierung wollte mit einer Erhöhung der Ausgaben um 5,1 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 ein freigiebiges Wahlkampfjahr für sich organi-

sieren. Das sind rund 800 Millionen Euro mehr als aufgrund von Tarifierhöhungen und allgemeiner Preissteigerung nötig wären.

Beim nun vorgelegten überarbeiteten Entwurf der Landesregierung wurden zwar verschiedene Positionen verschoben und umgebucht, in der Substanz aber änderte sich nicht viel. Die von der Landesregierung eingeplanten Ausgabensteigerungen überlebten die kosmetische Korrektur weitgehend.

TRANSPARENTERE FÖRDERPRAXIS NOTWENDIG

Wie viel Geld allerdings ohne ausreichenden Nutzen von dieser „bürgerlichen Mehrheit“ ausgegeben wird, wurde in den vergangenen Monaten ja bereits anhand der Kritik des Rechnungshofes an den vielen Mitnahmeeffekten bei der Wirtschaftsförderung deutlich. Mit der nun beginnenden juristischen Aufklärung der veruntreuten Zuschüsse an das Tourismusprojekt „Erlebniswelt Weserrenaissance“ wird nur erneut eine millionenschwere Förderpleite aufgrund der fehlenden Kontrolle im Wirtschaftsministerium unter FDP-Verantwortung aufgedeckt.

Das vom Landesrechnungshof dem Wirtschaftsminister Bode aufgezwungene "Konsenspapier" kann nur ein erster Schritt zu einer transparenten und nachhaltigen Förderpraxis sein (vereinbart sind Ausschluss der Förderung von Großunternehmen, verschärfte Dokumentationspflicht und Vermeidung von Mitnahmeeffekten). Problematisch bleibt allerdings, dass immer noch politisch begründete Ausnahmen ohne parlamentarische Zustimmung zugelassen werden.

Um nachhaltig zu verhindern, dass Großunternehmen unberechtigt Fördergelder kassieren, fordern wir Grüne deshalb, das Zuschüsse zur Wirtschaftsförderung künftig in jedem Fall zurückbezahlt werden müssen und deshalb nur noch als Beteiligungskapital oder verbilligter Kredit gewährt werden.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



AUS DER REGION

NEUER FRAKTIONS-VORSITZ UND FRAKTIONS-VORSTAND

Die Regionsfraktion hat sich konstituiert. Mit 16 MandatsträgerInnen wird die sie in die kommende Wahlperiode gehen. Einstimmig bestätigt wurde Raoul Schmidt-Lamontain als Fraktionsvorsitzender. Einstimmig war auch die Wahl des neuen Fraktionsvorstands: Neben Raoul Schmidt-Lamontain übernehmen Uli Schmersow, Katrin Kuhß und Brigitte Nieße den stellvertretenden Fraktionsvorsitz. Die Fraktion schlug Doris Klawunde einstimmig zur Wahl als stellvertretende Regionspräsidentin vor. Auch sie wird dem Fraktionsvorstand angehören.

DANKE ANNE SCHACHERER UND INGRID HORCH-TOMCZAK

Beide werden der neuen Fraktion nicht mehr angehören. Anne gehörte der Fraktion zehn Jahre an. In den vergangenen fünf Jahren war sie Abfall- und Gleichstellungspolitische Sprecherin. Ingrid rückte 2011 als schulpolitische Sprecherin für Heinz Strassmann in die Fraktion nach. An dieser Stelle ein großes Dankeschön für eure engagierte Arbeit und alles Gute für die Zukunft.

SACHKUNDIGE EINWOHNER/INNEN GESUCHT

In vielen Fachausschüssen der Region werden neben den Abgeordneten Personen als beratende Mitglieder berufen. Im Grundsatz geschieht das nach Fraktionsproporz, d.h. die grüne Fraktion hat Vorschlagsrechte. Die Sitze stehen erst fest, wenn die Gliederung der Ausschüsse festgelegt ist. In der ablaufenden Wahlperiode galt das für Sozial-, Wirtschafts-, Jugendhilfe-, Schul- und Kultur-, Umwelt-, Gleichstellungs- sowie Feuerschutzausschuss. Wer den jeweiligen Fachbereich der Fraktion unterstützen und regelmäßig an den Ausschusssitzungen (ab 14:00 Uhr!) sowie den internen Vorbereitungstreffen teilnehmen möchte, bewirbt sich bitte unter gruene@region-hannover.de. Einzelheiten könnt Ihr unter 0511-61 62 20 84 erfahren.

IT-ECKPUNKTE

Der Regions-Eigenbetrieb Hannoverische Informationstechnologien HannIT ist seit Juli eine kommunale Anstalt in der Trägerschaft der Region sowie aller

21 Städte und Gemeinden. Mit einem Eckpunktebeschluss der Regionsversammlung setzen wir dieser Strukturreform einen strategischen Rahmen. Auch in der Regions-IT muss Green IT zum Standard werden. Die Reserven in der Energieeffizienz wollen wir für den Klimaschutz nutzen. Der Datenschutz soll künftig ein noch größeres Gewicht erhalten, mit proaktivem Vorgehen wollen wir um höhere Akzeptanz werben. Auf Dauer sollen alle eingesetzten Verfahren einem Datenschutz-Audit unterzogen werden. Mit den technischen Voraussetzungen für ‚Open Data‘ wird künftig der Weg für die Weiterentwicklung der Informationsfreiheit bereitet. Mit der offenen Verfügbarkeit der Daten ohne Personenbezug schaffen wir die Grundlage für demokratische Teilhabe und bürgerschaftliche Willensbildung (www.gruenlink.de/2bg).

VERKEHRSWENDE

Die Region Hannover hat das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Der Verkehrsentwicklungsplan pro Klima zeigt Maßnahmen im Hinblick auf ihr CO₂-Vermeidungspotenzial. Der Katalog sieht kurzfristig umsetzbare Projekte sowie mittel- und langfristige andauernde Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern vor:

Siedlungsentwicklung, Fuß- und Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Kfz-Verkehr, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Wirtschaftsverkehr und Logistik.

Konkrete Maßnahmen sind die Stärkung von Fuß- und Radverkehr, Betrieb der Straßenbahnen und S-Bahnen mit Ökostrom, Angebote von Verkehrsmanagement und regionale Kampagnen für umweltfreundliche Mobilität. Die grüne Verkehrswende beginnt - Verkehr vermeiden, verlagern und vertraglicher abwickeln.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

„BAUER HÄLT HOF“

Die Grüne AG Land und Tier unterstützt die Kampagne.



RALF BOJE PROBIERT DAS LIEGEN AUF DEM "MÖHRENFLIEGER", MIT DESSEN HILFE AUF BIOHÖFEN UNKRAUT GEJÄTET WIRD.

Im Kommunalwahlkampf hat sich gezeigt, dass viele Menschen in der Region Hannover für das Thema Massentierhaltung sensibilisiert sind. Bei den Städtern ist es vor allem der mangelhafte Tierschutz und der Antibiotikaeinsatz, der beunruhigt und wütend macht, bei den auf dem Lande lebenden Menschen sind es neben dem tierethischen Aspekt auch andere Themen: Geruchsbelastung durch Gülle und Hühnerkot, mögliche Gefahren durch Keime v.a. bei Hühnermastanlagen, Belastung durch LKW-Verkehr, Beeinträchtigung des Erholungswertes und des Landschaftsbildes durch riesige Stallbauten und die umgebende Infrastruktur. So findet beim Kauf von Fleisch und Fleischprodukten bei den Bürgern ein langsamer, aber stetiger Bewusstseinswandel statt.

Eine Analyse der Ergebnisse der Kommunalwahl ergibt, dass die Grünen in den Kreisen und Gemeinden gut oder sehr gut abschneiden, wo Mastanlagen geplant oder im Bau sind. Denn die Grünen sind die einzige Partei, die sich ganz klar gegen die Massentierhaltung positioniert. Diesen Rückenwind für ein wie ich finde zentrales grünes Thema müssen wir nutzen!

Die große Demonstration in Berlin im Januar während der Grünen Woche mit mehr als 23.000 Teilnehmern hat gezeigt, wie stark die Bewegung für eine andere Agrarpolitik geworden ist. Auch für die Grüne Woche in Berlin im Januar 2012 ist eine Veranstaltung/Aktion der Agraropposition geplant. Diese Agraropposition wird getragen vom Netzwerk „Meine Landwirtschaft“, in dem sich ca. 50 Verbände und NGOs zusammengeschlossen haben (www.meine-landwirtschaft.de). Mit dabei sind beispielsweise der BUND, der NABU, der

Bund Deutscher Milchviehhalter, Brot für die Welt, Miserior, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Campact. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung/Aktion läuft im Oktober die Kampagne „Bauer hält Hof“ an. Auf vielen Bauernhöfen in der ganzen Bundesrepublik wird dann „Hof gehalten“, d.h. Menschen werden zu einer Hofbesichtigung oder einem Hoffest eingeladen, bei dem sie über die Forderungen von „Meine Landwirtschaft“ informiert werden. Dort können sie hautnah erleben, wie es in Ställen und auf dem Acker zugeht und welche Sorgen manche Landwirte, v.a. die Milchviehhalter, umtreiben.

Es ist sehr wichtig, dass von der Veranstaltung in Berlin im Januar 2012 wieder ein starkes Zeichen ausgeht, denn nur so lässt sich Druck auf die Agrarpolitik der schwarz-gelben Regierung ausüben. Angela Merkel, Ilse Eigner und die Verhandlungsführer in Brüssel, die die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 aushandeln, müssen merken, dass große Teile der Bevölkerung und auch ein großer werdender Teil der Landwirte die Agrarpolitik der schwarzgelben Regierung ablehnen.

Also merkt euch den Termin der Veranstaltung/Aktion in Berlin im Januar schon mal vor, es wird der 21. Januar 2012 sein. Es wäre schön, wenn die Grünen dort gut vertreten wären! Der Termin für die Veranstaltung „Bauer hält Hof“ in der Region Hannover steht noch nicht fest, aber ihr werdet auf der Homepage der Regionsgrünen darüber informiert werden.

CHRISTIANE HUSSELS

christiane.hussels@arcor.de



BESUCH IN DER ENERGIEWERKSTATT

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes hat eine Gruppe von interessierten Grünen am 8. August den BHKW-Hersteller energiewerkstatt in Hannover-Linden als Beispiel für die Energiewende in Hannover besucht.



EINBLICK(E) IN DAS INNENLEBEN EINES BLOCKHEIZKRAFTWERKS

Seit 1987 entwickelt und produziert die energiewerkstatt - Gesellschaft für rationelle Energie mbH & Co. KG im Gewerbegebiet Lindener Hafen erfolgreich hocheffiziente Blockheizkraftwerke (BHKW) für eine dezentrale Erzeugung von Wärme und Strom. Die BHKW-Module der energiewerkstatt nutzen dabei die ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), d.h. die gleichzeitige Erzeugung von Wärme und Strom mittels Motor, Generator und Wärmetauscher, überall dort, wo ein größerer Wärmebedarf (z.B. an Heizung und Warmwasser) vorliegt: u.a. in Wohnanlagen, Hotels, Altenheimen, Schwimmbädern, Kliniken und Betrieben. Zusammen mit anderen hannoverschen Firmen steht die Firma energiewerkstatt so für den Umstieg auf dezentrale, effiziente, regenerative und damit umweltfreundliche Energieträger in Hannover.

Am Standort im Gewerbegebiet Lindener Hafen werden von den derzeit 14 MitarbeiterInnen der energiewerkstatt jährlich ca. 100 BHKWs montiert. Dabei wird, so konnten wir uns bei unserer Besichtigung selbst überzeugen, großer Wert auf die Qualitätskontrolle der Blockheizkraftwerke gelegt. Alle Anlagen müssen vor ihrer Auslieferung auf den Prüfständen der Firma einen Prüflauf von mehreren Tagen im Dauerbetrieb absolvieren. Im

Einsatz haben die BHKWs, die in ihrer Leistung für Wohnanlagen ab 20–30 Wohnungen optimiert sind, dann eine Lebensdauer von mindestens 20 Jahren, was einer Laufleistung des Motors von ca. 3,5 Mio. km entspricht. Durch die gleichzeitige Produktion von Wärme und von Strom, wobei der Strom entweder selbst verbraucht oder an Netzbetreiber zu einem gesetzlich geregelten Preis pro Kilowattstunde verkauft wird, amortisieren sich die Blockheizkraftwerke der energiewerkstatt bereits nach ca. 3 – 5 Jahren.

In den Energiekonzepten der schwarz-gelben Bundesregierung spielt die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) jedoch keine Rolle. Dabei sind BHKWs mit einem Gesamtwirkungsgrad von nahezu 100 Prozent, einem entsprechend geringem CO₂-Ausstoß und der guten Regelbarkeit eine ideale Ergänzung für Strom aus erneuerbaren Energien. Und durch den Einsatz von Biogas oder Biomasse können BHKWs selbst zu einer Erneuerbaren-Energien-Technologie werden, die vernetzt sogar Großkraftwerke ersetzen können. Für uns Grüne sind BHKWs daher ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende, die darüber hinaus auch noch Arbeitsplätze in Hannover schaffen.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

FANTASTISCHES ERGEBNIS ZUR KOMMUNALWAHL 2011

Nur die größten OptimistInnen hatten ein solches Ergebnis für möglich gehalten: Stadtweit 21,4 % und in der Folge eine 14-köpfige Ratsfraktion (bislang 9). Mit Lothar Schlieckau (Linden-Limmer) und Ingrid Wagemann (List) wurden erstmalig Grüne direkt in Hannovers Rat gewählt. Neben all der Freude ist dieses gute Ergebnis auch eine noch höhere Verpflichtung gegenüber den WählerInnen. Die Arbeit geht also weiter! Bereits am 13. September konstituierte sich die neue Ratsfraktion. Sie wählte einstimmig Lothar Schlieckau zum Fraktionsvorsitzenden. Der Fraktionsvorstand wurde angesichts der vergrößerten Fraktion von bislang 3 auf nun 5 Personen erweitert. Diesem gehören neben Lothar Schlieckau 4 StellvertreterInnen an. Dazu wurden Ingrid Wagemann, Michael Dette, Maaret Westphely und Belit Onay jeweils einstimmig gewählt. Weiterhin benannte die neue Ratsfraktion einstimmig Regine Kramarek als Kandidatin für die Wahl zur Grünen Bürgermeisterin. Auch sie wird dem Fraktionsvorstand angehören.

Die Konstituierung des Rates samt Wahl der BürgermeisterInnen wird am 3. November erfolgen. Spätestens bis dahin müssen die am 16. September gestarteten Koalitionsverhandlungen mit der SPD abgeschlossen sein. Ziel ist die Verabredung eines Arbeitsprogramms der Koalition für die Zeit 2011 bis 2016. Die Verhandlungen führen auf unserer Seite die Vorstände von Partei und Ratsfraktion. In die Facharbeitsgruppen zu den einzelnen Fachgebieten sind weitere Fraktionsmitglieder einbezogen, sowohl aus der alten wie aus der neuen Fraktion.

Der Stadtverband wird zur Behandlung der Verhandlungsergebnisse eine Mitgliederversammlung durchführen.

Auch in den 13 Stadtbezirksräten haben wir zugelegt: Plus 21 auf insgesamt 59 Grüne Bezirksratsmitglieder (bislang 38). Sämtliche Bezirksratsfraktionen haben sich vergrößert. In insgesamt acht Stadtbezirken

sind die Fraktionen gleich um zwei Mitglieder gewachsen, in allen übrigen um eine Person. In Linden-Limmer sind Grüne erstmalig die stärkste Kraft, in Mitte gleich stark mit der SPD, in Nord, Vahrenwald-List und Südstadt-Bult die zweitstärkste Fraktion. Unsere kleinsten Fraktionen haben nun alle drei Mitglieder, die größte ist mit acht Personen in Linden-Limmer.

DANK AN INGRID LANGE, WERNER PUTZKE UND CHRISTOPHER BODIRSKY!

Der neuen Ratsfraktion werden die drei nicht angehören. Sie hatten sich nicht mehr zur Wahl gestellt. Ingrid Lange war zehn Jahre Grüne Bürgermeisterin und unsere Migrationspolitische Sprecherin, Werner Putzke zehn Jahre unser Finanz- und Wirtschaftspolitischer Sprecher, Christopher Bodirsky, 2009 für Katrin Studier in den Rat nachgerückt, war seitdem bis 2011 unser Sozialpolitischer Sprecher.

An dieser Stelle ein großes Dankeschön für Eure engagierte Ratsarbeit!

GLÜCKWUNSCH HANNOVER ZUR HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS 2011

Hannover belegt beim Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels 2011“ den dritten Platz von 62 Kommunen (nach Bremen und Saarbrücken). Das ist eine gute Bestätigung unserer Arbeit. Wichtig waren unsere Initiativen von 2009, der Millenniumserklärung der UN für die Kommunen beizutreten, den Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung zu fordern und die Initiative 'Aktiv gegen Kinderarbeit' seit 2004.

Gleichwohl ist ein dritter Platz Ansporn zum Weitermachen: So haben wir auf unsere Grüne Initiative hin einen rot-grünen Antrag im Beschlussverfahren, wonach geprüft werden soll, wie ein größeres Fairtrade-Angebot auf Wochen- und Weihnachtsmärkten geschaffen werden kann.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

DIE POLITISCHEN PIRATEN

Siegreiche Freibeuter der Netze oder Schiffbruch als Programmpartei? Diskussion am 13. Oktober in der Reihe "Fenster zum Hof".

Spätestens seit den jüngsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus genießen die Männer (und wenigen) Frauen der Piratenpartei allenthalben große Medienaufmerksamkeit und zu meist ebenso großes Lob.

In der Antwort auf die Frage, wofür diese Lorbeeren geerntet werden, ist sich die geneigte Öffentlichkeit allerdings noch nicht einig. Während die einen den Sieg durch programmatisch neue Akzente für die Netzpolitik begründet sehen, bejubeln andere den frechen Geist der Rebellion und bekennen, das neue Angebot auf dem Stimmzettel aus Protest gewählt zu haben; ohne zu wissen, was die Partei überhaupt will.

Beim Rätseln über den Erfolg der Piraten wird auffällig oft der Bezug zu den Grünen bemüht. Und während einzelne Kommentatoren schon analysieren, dass hier eine mittlerweile etablierte Kraft von ihrem digitalen Wiedergänger abgelöst wird, kommen andere zu dem Schluss, dass der Wahlerfolg

zumindest eine Herausforderung, wenn nicht gar eine Chance auch für die Grünen ist.

"Wowereit und die Grünen müssen sich noch mal mit ihrer Klientel beschäftigen. Das kann Rot-Grün nur gut tun", schreibt Ines Kappert, die Leiterin des Meinungsressorts der taz dazu. Mit ihr und mit Jan Haude, dem Landesvorsitzenden der niedersächsischen Grünen will Brigitte Pothmer diskutieren, unter anderem über die Fragen: Kam der Wahlerfolg der Piraten überraschend? Mehr Inhalt oder mehr Gefühl - was wollen die WählerInnen? Sortiert sich die Parteienlandschaft in Deutschland neu? Weitere Fragen und auch passende und vermeintlich unpassende Antworten sind erwünscht.

Wir laden herzlich ein! Der Diskussionsabend in der Veranstaltungsreihe "Fenster zum Hof" findet statt am Donnerstag, 13. 10.2011 um 19 Uhr im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 in Hannover.

T E R M I N E

| | | | |
|---|--------------|--|--------------|
| 11.10. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 | 15.11. Ist der Euro noch zu retten? Diskussion mit Sven-Christian Kindler. Senior-Blumenberg-Gang 1. | 19:00 |
| 13.10. Die politischen Piraten: Siegreiche Freibeuter oder Schiffbruch als Programmpartei? Diskussion, Bei Petra K., Senior-Blumenberg-Gang 1 | 19:00 | 19./20.11. Landesdelegiertenkonferenz in Verden/Aller | |
| 18.10. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 | 15.11. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 |
| 18.10. AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1 | 18:30 | 21.11. AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 17:30 |
| 31.10. Mitgliederversammlung Stadtverband. Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 | 18:00 | 22.11. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00 |
| 01.11. AG Frauen | 18:30 | 25. - 27.11. Bundesdelegiertenkonferenz in in Kiel | |
| 03.11. AG Migration | | 26.11. Auftakt-Kundgebung „Castor stoppen!“ in Dannenberg | |
| 03.11. AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00 | 29.11. AG Frauen | 18:30 |
| 05.11. Castor-Blockadetraining, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 14:00 | 01.12. AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00 |
| 08.11. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 | 01.12. AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 |
| 12.11. Mitgliederversammlung Regionsverband, Forum Lehrte | 11:00 | 05.12. AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00 |
| 14.11. AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Rathaus, Raum Leipzig | 18:00 | 06.12. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 |
| 14.11. AG Kultur | 18:00 | 07. - 09.12. Rio+20-Kongress Hannover | |
| 14.11. Perspektiven für Palästina aus grüner Sicht. Diskussion. Bei Petra K., Senior-Blumenberg-Gang 1. | 19:00 | 12.12. AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG | 18:00 |
| | | 13.12. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 18:00 |
| | | 19.12. AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | 17:30 |

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Christian Gailus, Evelyn Werner, Jörg Rutzen, Dina de Haas, Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Detlef Knauer, Jan Haude, Brigitte Pothmer, Astrid Barends-Heisecke, Torsten Fiebig, Sven Brauers, Tobias Leverenz, Angela Klingrad, Marcus Blumtritt, Dorota Szymanska, Dirk Musfeldt, Enno Hagenah, Maaret Westphely, Norman Seibert, Christiane Hussels, Michael Dette, Dietmar Beck, Günter Wulfert, Gabi Bartoszak, Rahel Missal, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Januar 2012.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.